

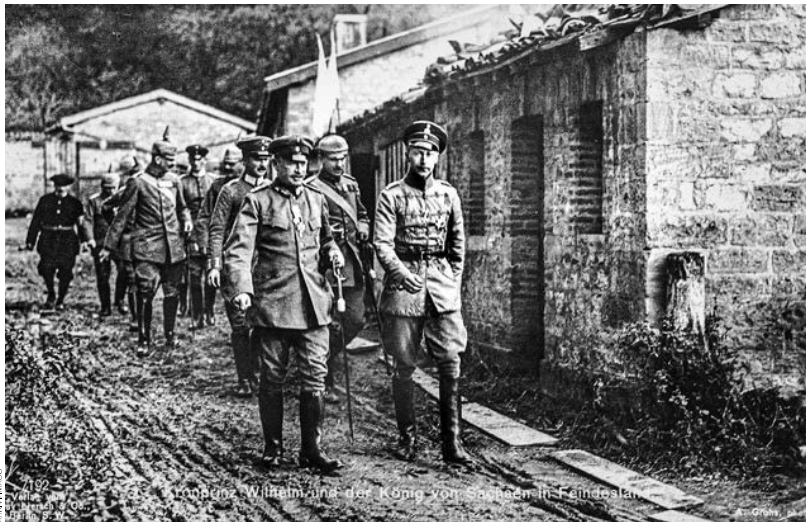
Vage Zusagen

Überzeugende Studie zu den Netzwerken der Gegenrevolution: Stephan Malinowski über die Hohenzollern und den deutschen Faschismus. **Von Leo Schwarz**

Man tritt dem Historiker Stephan Malinowski sicher nicht zu nahe, wenn man annimmt, dass der Verkaufserfolg seiner Arbeit über die »Hohenzollern und die Nazis« – drei Auflagen binnen weniger Monate – dadurch befördert wurde, dass die einst preußische Könige und deutsche Kaiser stellende Familie seit Jahren mit erstaunlicher Konfliktfreude in Auseinandersetzungen um Entschädigungen für nach 1945 enteignete Immobilien und Kunstschätze verwickelt ist und nebenbei juristisch gegen Historiker (auch gegen Malinowski) und Medien vorging, die unerwünschte Auffassungen über die Rolle der Hohenzollern in der Zwischenkriegszeit verbreitet hatten. Nun befassen sich Gerichte mit der Frage, ob Angehörige der hochadeligen Familie dem Naziregime »erheblichen Vorschub geleistet« haben.

Dass Malinowskis umfangreiche Studie Aufmerksamkeit verdient hat, steht außer Frage. Für ein Publikum, das überwiegend keinerlei Begriff mehr von dem hat, was etwa die deutschsprachige marxistische Faschismusforschung schon vor Jahrzehnten an Wissen über das Mit- und Gegeneinander der verschiedenen Fraktionen der Gegenrevolution nach 1918 erarbeitet hatte, ist das Buch Aufklärung im besten Sinne. Es ist dabei – der Verdacht könnte aufkommen – keine hastige Konjunkturpublikation. Malinowski ist seit seiner 2003 veröffentlichten Dissertation »Vom König zum Führer« als kritischer Forscher in diesem Bereich ausgewiesen. 2014 kam er in einem Gutachten für die brandenburgische Landesregierung zu dem Schluss, dass Kronprinz Wilhelm von Preußen – der älteste Sohn des 1918 in die Niederlande geflohenen Exkaisers war im November 1923 wieder nach Deutschland zurückgekehrt – »durch sein in großer Stetigkeit erfolgtes Handeln die Bedingungen für die Errichtung und Festigung des nationalsozialistischen Regimes verbessert« habe.

Das ist, wie eben angedeutet, keine »neue« Erkenntnis. Aber eben eine, die für die in der Bundesrepublik verbreitete Erzählung über das Ende der Wei-



Da war die Welt für sie noch wohlgeordnet: Der preußische Kronprinz (rechts) während des Ersten Weltkrieges

marer Republik, die im historischen Gedächtnis die Tatsache, dass die Nazis im Januar 1933 eine gemeinsame Regierung mit der konservativen – auch der monarchistischen – Rechten gebildet haben, fast vollständig hat verschwinden lassen, sehr lange gänzlich uninteressant war. Die Hegemonie dieser verlogenen Perspektive ist mit Malinowskis Veröffentlichung wieder ein bisschen erschüttert worden – und das ist nicht wenig.

Malinowski spannt in seiner »Geschichte einer Kollaboration« einen weiten Bogen. Er beginnt bei der »Kaiserflucht« im November 1918, dem »wichtigsten Bruchpunkt des deutschen Monarchismus«, und behandelt dann die Versuche einer »Neuerfindung« und »Modernisierung« im »Exil«. Erstmals in dieser Ausführlichkeit werden Rolle und Funktion der Hohenzollern in den Netzwerken der Gegenrevolution zwischen 1923 und 1931 untersucht. Zwei weitere Kapitel sind den Schlüsseljahren 1932 und 1933 gewidmet.

In den Blick nimmt Malinowski schließlich auch die Zeit nach 1945 – als die Hohenzollern »symbolisch prominenten Teil einer umfassenden Umdeutung« waren, bei der es darum ging, »interne Richtungskämpfe und elitären Dünkel innerhalb des rechten Milieus als Gegnerschaft oder gar Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu präsenieren und die vielen Abstufungen der Kollaboration bei der Herstellung und Führung der NS-Diktatur herauszuschreiben« – der Komplex »20. Juli« lässt großen. Neben dem Abschnitt »Gegenrevolution und NS-Bewegung« gehören die Überlegungen zur konservativen »Aneignung des Widerstandsbegriffs« zu den analytisch stärksten Passagen des Buches. Malinowski weist hier darauf hin, dass das Narrativ, wonach auch in der Zeit zwischen 1932 und 1934 »konservative Funktionselemente« die »eigentlichen Gegner »Hitlers« gewesen seien, »in jüngster Zeit neu ausgebaut« wurde.

Der aufmerksame Leser kann dieser Arbeit einmal mehr entnehmen,

dass die Nazi-Option 1932/33 eine von mehreren denkbaren Möglichkeiten einer reaktionären Neuordnung war. Die Hohenzollern waren mit im Spiel, als ausgehandelt wurde, was für eine politische Konstruktion an die Stelle der parlamentarischen Republik treten sollte. Dass ihre Abgesandten nach anfänglichen »vagen Zusagen über eine Monarchie der Zukunft« im Februar 1934 von Hitler »in äußerst scharfer Form« eine Abfuhr erhielten und eine Restauration für wenigstens 15 Jahre abgesagt wurde, ändert daran nichts. Der Einfluss der Hohenzollern, so Malinowski, reichte aus, um die Nazibewegung »im Aufstieg zu befördern«, nicht aber, um sie »an der Macht beeinflussen zu können« – eben weil sich, so wäre hinzuzufügen, die Mehrheit der herrschenden Klasse zu diesem Zeitpunkt für die Nazis entschieden hatte.

■ **Stephan Malinowski:** Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration. Propyläen, 3., durchgesehene Auflage, Berlin 2021, 752 Seiten, 35 Euro

Harte Auseinandersetzung

Neues Heft der Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Wie gewohnt stellt auch die aktuelle Ausgabe der *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* neue Forschungsergebnisse und kritische Sichten zu wichtigen und häufig umstrittenen Ereignissen und Problemfeldern der Arbeiterbewegungsgeschichte vor. Das demonstriert etwa der Aufsatz von Michael Klein. Vor allem auf der Grundlage von ausführlichen Zitaten aus den unveröffentlichten Tagebüchern des Kommunisten und Literaturwissenschaftlers Alfred Kantorowicz erschließt der Autor dem Leser ein sehr umfassendes Bild von dessen eigenwilligen und teilweise auch widersprüchlichen Überlegungen und Einschätzungen über die Geschehnisse des 17. Juni 1953 und auch über die Ereignisse in Ungarn 1956. Kantorowicz habe für die Streiks am 17. Juni Verständnis gezeigt, denn im Sommer 1953 habe die SED das Vertrauen der Bevölkerung

verloren gehabt. Gleichzeitig erschreckte er über die Ausschreitungen, die ihn an ein Deutschland erinnerten, in dem man ihn ermorden wollte. Der Protest habe zu entleerten Gedroht, ein neuer Faschismus vor der Tür gestanden.

Das Beziehungsgeflecht zwischen Arbeiterbewegung und Literatur beleuchtet Peter Goller am Beispiel von Willi Bredels Romantrilogie »Verwandte und Bekannte«. Veröffentlicht wird ein weiterer Vorabdruck – bereits als vierte Fortsetzung – der umfassenden Dokumentation von Matthias John über den Königsberger Prozess im Jahr 1904, in dem Karl Liebknecht als Verteidiger von russischen Revolutionären eine maßgebliche Rolle spielte.

Sehr aufschlussreich ist die Nachrechnung von Siegfried Prokop zum 60. Jahrestag des 13. August 1961. Die Grenzschießung am 13. August sei wesentlich durch die innere Krise der DDR

mitverursacht worden. Ohne fremde Hilfe sei die DDR nicht in der Lage gewesen, einen Ausweg aus dieser Krise zu finden. Bei einem ergebnislosen Treffen im Juni 1961 in Wien habe Chruschtschow zum Abschluss Kennedy ein Memorandum übergeben, in dem er einen Friedensvertrag mit der DDR angekündigt habe. Daraufhin habe Kennedy im Juli mit einem Ultimatum geantwortet. Doch wegen des Konfliktes in und um Berlin wollten schließlich weder Kennedy noch Chruschtschow einen Krieg riskieren. Obwohl Walter Ulbricht auf die Unterbrechung des unerträglichen Flüchtlingsstroms gedrängt habe, sei er gegen die hermetische Schließung der Sektorengrenzen gewesen. Es kam deshalb Anfang August in Moskau zu einer harten Auseinandersetzung mit Chruschtschow. Dieser habe sodann den Befehl zur Abriegelung der Grenze gegeben. Prokop rät davon ab, Ulbrichts

bekannte Aussage »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten«, einfach als Lüge zu interpretieren.

Zwei aussagekräftige Berichte von wissenschaftlichen Konferenzen (Kai Köhler bzw. Günter Benser) zur Online-Tagung »150 Jahre Pariser Kommune« der Marx-Engels-Stiftung bzw. zur Tagung »Die DDR in der deutschen Geschichte« des Vereins Helle Panke, ein Nachruf von Stefan Bollinger auf den verstorbenen Historiker Detlef Nakath (1949–2021) sowie ein ausführlicher Rezensionsteil und ein Jahresinhaltsverzeichnis komplettieren das lesenswerte Heft.

■ **Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung**, Nr. 4/2021, Trafo Wissenschaftsverlag Dr. Wolfgang Weist, Bestellungen über jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag, E-Mail: info@trafoberlin.de, Telefon: 030/61299418

Neu erschienen Aufhebung

Die Gesellschaft für dialektische Philosophie hat eine neue Nummer der Halbjahreszeitschrift *Aufhebung* herausgebracht. Der weltweit ausstellende Künstler Hans-Jörg Glattfelder bringt eine Einführung in die Ästhetik des Philosophen Hans Heinz Holz. Der Philosoph Jörg Zimmer breitet das Mensch-Natur-Verhältnis nach dialektischer Denkart aus. Andreas Hüllinghorst setzt seine Studie über Marx' theoretischen und praktischen Weg zum Proletariat fort. Der Rechtswissenschaftler Andreas Fisahn diskutiert die Legitimationskrise der bürgerlichen Demokratie. Zwei Rezensionen zum Atheismus und »transzendentalen Materialismus« runden das Heft ab.

(iW)

■ *Aufhebung*, Nr. 16, 98 Seiten, 7 Euro zzgl. 2 Euro Porto, Bezug via Mail: bestellung@dialektische-philosophie.org

Berufsverbote

Zum 50. Jahrestag des sogenannten Radikalerlasses hat die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) eine Broschüre zum Thema mit dem Titel »Wer ist hier Verfassungsfeind?!« herausgegeben. Darin erinnert die SDAJ auch daran, dass die Berufsverbote »nicht nur Kommunisten« trafen: So wurde etwa dem Oberleutnant der Bundeswehr Hans Roth, der sich weigerte, das Auflösen von Demonstrationen einzubüßen und danach aus der Bundeswehr ausschied, nach dem Studium die Übernahme als Lehrer verweigert. Im Fall der Lehrerin Christina Lipps wurde versucht, ihre Kritik an Berufsverboten wiederum für ein Berufsverbot auszunutzen. Außerdem: Interviews mit Silvia Gingold und Michael Csaszköczi, Beiträge zur Geschichte der Berufsverbote und zur Realität politischer Repression.

(iW)

■ *Wer ist hier Verfassungsfeind?!*, 24 Seiten, kostenlos, Bezug: Verein Position e. V., Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, E-Mail: position@sdaaj.org

Gefangenen-Info

Die Zeitschrift *Gefangenen-Info* bringt als Schwerpunkt einen Beitrag zum »RAZ-RL-radikal-Komplex«. Thomas Meyer-Falk schreibt über »25 Jahre in den Gefängniszellen der Bundesrepublik Deutschland«. Die Redaktion berichtet über eine Verfügung in der JVA Billwerder: Es dürfen nur noch »zwei bürgerliche Buchläden« Bücher herschicken, der Hamburger Schanzbuchladen aber nicht mehr.

(iW)

■ *Gefangenen-Info*, Nr. 439 (Januar 2022), 31 Seiten, 2 Euro (Ausland: 2,70 Euro), Bezug: Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, c/o Stadtteil- und Infoladen Lunde, Weisstraße 53, 12049 Berlin, Internet: www.gefangenen.info